

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 44

Abschließende Beratung

**Radikalenerlass – ein unrühmliches Kapitel in der
Geschichte Niedersachsens – endlich eine
Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der
von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –
Drs. 17/1491

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport – Drs.
17/7064

während der Plenarsitzung vom 15.12.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

dieser Tagesordnungspunkt ist für viele Menschen – einige wenige von ihnen sind heute auch unter uns – ein historischer Augenblick. Fast genau 45 Jahre ist der Beschluss über den Radikalenerlass jetzt alt.

Am 28. Januar 1972 fiel in der Konferenz der Ministerpräsidenten ein Beschluss, der für viele politisch engagierte Menschen ein im schlechtesten Sinne einschneidender Wendepunkt in ihrem Leben werden sollte.

Formell sollte dieser Erlass Menschen aus dem Staatsdienst fernhalten, die radikal linke oder rechte Positionen vertraten und deshalb der Verfassung gegenüber pauschal als feindlich „einsortiert“ wurden.

Real hat es aber vor allem viele Menschen getroffen, die politisch links eingestellt waren. Es waren Menschen, die kritisch waren, ja systemkritisch. Sie hinterfragten den Status quo. Sie stellten Gegebenheiten in Frage, suchten nach Alternativen wie Sozialismus und Kommunismus.

Das war sicherlich alles andere als der Mainstream des damaligen politischen Establishments. Aber, davon bin ich überzeugt, es war Teil der freien Meinungsäußerung, die elementarer Bestandteil unserer Demokratie sein sollte, meine Damen und Herren.

Ihre politische Einstellung hat sich nicht auf ihre Arbeit ausgewirkt. Egal ob sie in Verwaltung, bei der Post, bei der Bahn, beim Straßenbau oder in der Schule arbeiteten.

Der Staat hat die Meinungsfreiheit, die er eigentlich schützen sollte, aktiv gebrochen und dabei das Leben vieler Menschen zerstört.

Nehmen wir zum Beispiel Udo Paulus aus Hildesheim. Ein bei Schülerinnen und Schülern, Eltern- und Kollegenschaft angesehener und beliebter Lehrer an einer Gesamtschule.

Seine Kandidatur zur Kommunalwahl für die Liste der DKP hat dazu geführt, dass der Pädagoge im Herbst 1984 einen zehntägigen Prozess vor der Disziplinarkammer Hannover über sich ergehen lassen musste.

Zu keiner Zeit seiner Lehrtätigkeit hat er auch nur ansatzweise versucht, im Unterricht zu indoktrinieren. Im Gegenteil! Sogar die Landesschulbehörde bescheinigte ihm seinerzeit eine tadellose Dienstverrichtung. Doch all das hat damals keine Rolle gespielt.

Es konnte nicht sein, was in den Augen vieler nicht sein durfte. Eine Mitgliedschaft in der DKP war damals für viele einfach nicht mit dem jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung vereinbar.

Der Gesamtschullehrer Udo Paulus musste nicht wegen seiner Person, oder gar eines eigenen Fehlverhaltens, sondern wegen seiner bereits mehrere Jahre zurückliegenden Kandidatur für die DKP aus dem Dienst entfernt werden.

Wichtig war einzig und allein, dass auch dieses Verfahren schnell über die Bühne gebracht werden sollte.

So wie Udo Paulus ist es rund 130 Menschen allein bei uns in Niedersachsen ergangen. Allesamt Einzelschicksale. Dahinter stehen Betroffene. Und wie im Fall von Udo Paulus oft auch Familien, deren Leben innerhalb kürzester Zeit einen völlig neuen Verlauf genommen hat.

Eine ähnliche politisch begründete Ausgrenzung hat es nur in den USA in der McCarthy-Ära gegeben. Zu Recht hat Willy Brandt, der damals als Bundeskanzler maßgeblich mitverantwortlich war, diesen Beschluss rückblickend als „einen der schwersten Fehler seiner Amtszeit“ bezeichnet.

Auch wenn es rückwirkend ein schwacher Trost für die Betroffenen sein mag, so ist diese Einsicht doch wichtig. Gerade für die SPD wiegt die Schuld besonders schwer. Hat die Sozialdemokratie doch selbst unter politischer Verfolgung leiden müssen, meine Damen und Herren.

Das, was unter dem Deckmantel unserer Verfassung passiert ist, sollte uns alle berühren! Vor allem, dass es hier in Niedersachsen bis 1990 dauern musste, bis die erste Regierung Schröder endlich den Erlass aufheben konnte.

Es ist eigentlich unbegreiflich, dass wir weitere 26 Jahre warten mussten, bis wir jetzt weitere Schritte in Richtung der Aufarbeitung gehen können, die längst noch nicht abgeschlossen ist.

Anrede,

dieser Beschluss ist insbesondere für die Betroffenen, aber auch für unsere Demokratie, enorm wichtig. Und dass, obwohl er leider noch immer hinter dem zurückbleibt, was sich viele Betroffene gewünscht hätten.

Ich gebe aber zu bedenken, dass es nicht zu unterschätzen ist, dass wir heute einen gemeinsamen dauerhaften Aufarbeitungsprozess starten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – es wäre ein starkes Signal, wenn dieser Beschluss einstimmig fallen könnte.

Der gesamte Niedersächsische Landtag tritt geschlossen vor die Betroffenen und bittet um Entschuldigung. Was für ein wichtiger und überfälliger Schritt, meine Damen und Herren.

Geben Sie sich einen Ruck und beteiligen Sie sich an der Aufarbeitung der Geschichte. Es wäre ein wichtiges Signal. Nicht für uns als Regierungsfractionen, aber für alle Betroffenen, die zu Recht auf ein breites politisches Zeichen warten.

Mit unserem Änderungsantrag bleiben wir bereits ein ganzes Stück hinter unserer Ursprungsforderung zur Einsetzung einer Kommission zurück. Ein Signal insbesondere an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, hier zu einem gemeinsamen Beschluss kommen zu können.

Ich kann mich nur wiederholen: Es wäre ein schönes Zeichen für alle vom Radikalenerlass betroffenen Menschen, wenn das ganze Haus hier mit einer Stimme sprechen könnte.

Anrede,

wir können Geschehenes nicht ungeschehen machen. Aber wir können zu Fehlern stehen. Um Vergebung bitten. Eine Aufarbeitung starten und so vielleicht eine Wiederholung von Unrecht in ähnlichen Zusammenhängen verhindern.

Dafür bitte ich Sie alle herzlich um Ihre Zustimmung. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, den Betroffenen und unserem Land einen Teil seiner Würde zurückzugeben.

Vielen Dank.